



über die
2. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses
am Donnerstag, dem 17.04.2008
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:10 Uhr
Ende: 19:45 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Oliver Bartosch
Herr Dieter Drescher
Frau Marion Dyduch
Herr Joachim Eckardt
Herr Andreas Friedhoff
Herr Klaus Kasperidus
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Hartmut Madeja
Herr Jochen Müller
Herr Volker Sekunde
Herr Klaus Slomiany
Herr Udo Theimann

CDU

Frau Ingrid Borowiak
Herr Dirk Ebbinghaus
Frau Rosemarie Gerdes
Herr Reinhard Hasler
Herr Wilhelm Kemna
Herr Heinrich Kissing
Herr Marc Nathmann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Frau Anke Schneider

FDP

Herr Peter Büchel

BG (neu)

Herr Dieter Kloß

Sachverständige gem. Beschluss des Umweltausschusses
Herr Heinrich Hellekemper

Herr Wilfried Wiese
Herr Gerhard Zielke

Verwaltung

Herr Jochen Baudrexl
Herr Matthias Breuer
Frau Monika Holtmann
Herr Jörg Höning
Herr Uwe Liedtke
Herr Reiner Steffen

Entschuldigt fehlten

Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Rainer Fuhrmann
Herr Oliver Kaczmarek
Herr Michael Krause
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Herr Herwig Rabeneck
Herr Karl-Heinz Stoltefuß

Der Ausschussvorsitzende, Herr **Lipinski**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Energiebericht für die kommunalen Liegenschaften Bericht der Verwaltung	042/2008
2	Neugestaltung der Kamener Fußgängerzonen hier: Sachstandsbericht der Verwaltung - Bauzeitenplan - Baufortschritt - Kostenentwicklung	
3	Planung Bahnhofsumfeld Bericht der Verwaltung	
4	Bestandsanalyse der Kamener Parkanlagen und der der Erholung dienenden Grünflächen Bezug: Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 23.05.2006 sowie Beschluss des Planungs- und Umweltausschusses vom 13.06.2006 hier: Priorisierung und Umsetzung	
5	Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie Sachstandsbericht der Verwaltung	043/2008
6	Bebauungsplan Nr. 74 Ka "Gewerbegebiet Gutenbergstraße" hier: Aufstellungsbeschluss	

7	Veränderungssperre Nr. 13 im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 74 Ka "Gewerbegebiet Gutenbergstraße"	044/2008
8	Gestaltungssatzung für den Geltungsbereich der Bebauungspläne Nr. 68 Ka "Im Grund" und Nr. 71 Ka "Bogenstraße"	045/2008
9	Bebauungsplan Nr. 35 Ka-Me "Auf dem Pastoratsfelde" hier: Bericht der Verwaltung zum Planungsstand	
10	Bauvorhaben im Stadtgebiet hier: Bericht der Verwaltung	
11	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Energiebericht für die kommunalen Liegenschaften
Bericht der Verwaltung

Zunächst gab Herr **Höning** anhand einer Präsentation einen ausführlichen Energiebericht über die kommunalen Liegenschaften. Diese Präsentation ist als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.

Herr **Baudrexl** nahm Bezug auf die bereits im Hauptausschuss vorgestellten Inhalte zum Energiebericht. Er ergänzte, dass die Verwaltung derzeit Konzepte zur Gebäudesanierung aus energetischen Gründen aufstelle. Grundlage seien u. a. die Ergebnisse, die sich im Rahmen der Erstellung von bedarfsorientierten Energieausweisen und dem danach ausgewiesenen Sanierungsbedarf von Gebäuden ergeben. Im ersten Schritt sollen die Energieausweise notwendige Handlungsfelder aufzeigen. Unter Berücksichtigung der Amortisation könnten dann die Konzeptionen ergänzt, geändert und an die Auswertungen angepasst werden – dies gelte ebenfalls für die Priorisierung. Hinsichtlich der städtischen Gebäude solle eine umfassende Auswertung erfolgen. Insbesondere soll auch ein grundsätzliches Konzept für Schulgebäude erstellt werden. Finanzplanung und Haushalts-

plan geben dann die konkreten Maßnahmen an. Beispielhaft verwies er auf das Rathaus, wo teilweise bereits durch schadhafte Fassadenplatten eine Dämmung der Außenwände erfolgte und eine Erneuerung der Fenster anstehe.

Auf Nachfrage von Herrn **Ebbinghaus** in Bezug auf die Amortisationszeit von 40 Jahren für die Sanierungskosten der Rathausfenster- u. fassade, inwieweit die Preisentwicklung auf dem Energiemarkt eingerechnet sei, teilte Herr **Steffen** mit, dass eine 6 %ige Kostensteigerung pro Jahr durch den Gutachter im Bericht zugrunde gelegt wurde.

Herr **Kissing** bezeichnete die Vorlage des Energieberichtes als ersten Schritt. Nunmehr erfolge die Verdichtung der vorliegenden Zahlen durch die Entwicklung von Energiekennzahlen. Daraus ließen sich wichtige Erkenntnisse ableiten. Neben den technischen Erkenntnissen solle jedoch auch Einfluss auf das Nutzerverhalten genommen werden. Bei im Bericht ausgewiesenen Mehrkosten im Vergleich der Jahre 2000 zu 2006 in Höhe von 641T€ werde bei energetischer Umrüstung aller Gebäude im Laufe der Zeit ein hohes Einsparungspotential erreicht.

Herr **Baudrexl** erläuterte, dass im Energiebericht auch auf das Nutzerverhalten eingegangen wird. Die errechneten Kennzahlen seien geeignet, einzelne Gebäude zu bewerten und Auffälligkeiten herauszuarbeiten. Die Nutzer (insbesondere Schulen), sollen bei der Information über und Umsetzung von Energiesparmaßnahmen mit einbezogen werden. Inhalt des Konzeptes ist eine stärkere Ansprache der Nutzer und die Schaffung einer erhöhten Sensibilität beim Umgang mit Energie und Wasser. Dies könne ggf. gemeinsam mit der Verbraucherberatung erfolgen, die im Bereich der Energieberatung ein kompetenter Ansprechpartner sei.

Zu TOP 2.

Neugestaltung der Kamener Fußgängerzonen hier: Sachstandsbericht der Verwaltung - Bauzeitenplan - Baufortschritt - Kostenentwicklung

Zunächst gab Herr **Liedtke** anhand von Fotos einen aktuellen Stand zu den Arbeiten im Rahmen der Innenstadtsanierung.

- Wiemeling / Julius-Voos-Gasse
Bauarbeiten laufen hier derzeit.
- Nordstraße
Schwarzdecke ist eingezogen.
- Kampstraße:
Die restlichen Pflasterarbeiten werden durchgeführt.
- Östliche Weststraße:
Fahrradstände werden in Abstimmung mit den Anwohnern noch eingebaut.
- Kämmerstraße:
Zunächst werden die Kanalbauarbeiten fertiggestellt, anschließend das

Altstadtpflaster aufgenommen und die Straße mit einer Schwarzdecke versehen.

- **Pflege der Flächen:**
Nachdem nunmehr die technischen Voraussetzungen mit der Nutzung der Waschkehrmaschine vorliegen, ist der Pflege- und Reinigungszustand als gut zu beurteilen.

Der Bauzeitenplan werde insgesamt eingehalten. Nach dem derzeitigen Baufortschritt könne mit einer Fertigstellung der Baumaßnahme bereits Ende Mai 2008 gerechnet werden – ursprünglich war Juni/Juli 2008 vorgesehen. Die Kosten bleiben innerhalb des Kostenrahmens.

Frau **Gerd** berichtete von Problemen mit Stöckelschuhen bei den Fugen im Bereich des Willi-Brandt-Platzes (zwischen dm-Drogeriemarkt u. Tiefgarage).

Hierzu erläuterte Herr **Liedtke**, dass die Fugenpflege noch nicht abgeschlossen sei. Über die Dauer von 2 Jahren werden die Fugen aufgrund des Setzungsverhaltens und der Verdichtung notwendigerweise nach und nach wieder gefüllt.

Herr **Drescher** wies darauf hin, dass im Bereich der Weststraße zu wenige Fahrradabstellmöglichkeiten bestünden und z. B. vor dem Eiscafé San Remo die Abstellmöglichkeiten durch das Mobiliar teilweise zugestellt und damit nicht verfügbar wären. Er bat dies zu prüfen und ggf. mit dem Besitzer des Eiscafés zu sprechen.

Unter Bezugnahme auf die Berichterstattung in der Presse erkundigte sich Herr **Kissing** nach der Zuverlässigkeit der neuen Waschkehrmaschine.

Dazu erklärte Herr **Steffen**, dass die Reinigungsergebnisse, die mit der Maschine erzielt werden, als gut zu beurteilen seien. Es hätten sich lediglich technische Probleme ergeben, die eine erneute Kontrolle durch die Firma zur Folge gehabt hätte. Diese versuche die technischen Schwierigkeiten bis Ende Juni zu beheben. Die Verwaltung werde die Maschine ggf. weiter mieten und erst nach Behebung der technischen Probleme den Kauf anstreben.

In diesem Zusammenhang wies Herr **Baudrex** nochmals darauf hin, dass für ein derartiges Gerät nur ein sehr begrenztes Angebot zur Verfügung stünde und Alternativen derzeit fehlen. Optional sei eine Verlängerung der Mietphase möglich. Darüber hinaus werde die Miete auf den Kaufpreis angerechnet.

Zu TOP 3.

Planung Bahnhofsumfeld
Bericht der Verwaltung

Herr **Baudrex** nahm Bezug auf die vorangegangene Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses. Zunächst habe man einen Objektbeschluss noch vor der Sommerpause schließen wollen. Zur eingehenden

Beratung des Hochbaubereich (Parkhaus) seien jedoch notwendige Entscheidungsgrundlagen noch nicht abschließend erarbeitet (Kostenermittlung, Statikberechnungen, gutachterliche Stellungnahmen, fördertechnische Fragen). Diese Thematik solle nunmehr in der Juni-Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses aufgegriffen werden. Mit dem Fördergeber sei die Einigung erzielt worden, dass der Förderantrag nach der Sommerpause (im September 2008) gestellt werden könne. Die entsprechenden Objektbeschlüsse sollen dann direkt im Anschluss an die Sommerpause gefasst werden. Darüber hinaus solle in einer gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Umweltausschusses und des Straßenverkehrsausschusses im Juni zur Gestaltung der Verkehrsräume stattfinden. Damit erfolge eine umfassende Beratung der Planungen auch aus straßenverkehrlicher Sicht unter Einbeziehung des zuständigen Fachausschusses.

Frau **Dyduch** befürwortete die Durchführung der gemeinsamen Sitzung des Planungs- u. Umweltausschusses und des Straßenverkehrsausschusses und beurteilte dies als zielführend und sinnvoll. Sie verdeutlichte die Position der SPD-Fraktion wie folgt: Die Verkehrsplanung „Netzschluss Innerer Ring“ wird unterstützt. Bei der Umgestaltung der Bahnhofstraße wird die vorgestellte Variante 2 (gradliniger Verlauf) favorisiert (Linienführung bleibt vorhanden, Linienführung des Busverkehrs durch die Bahnhofstraße bleibt erhalten – Haltestelle Stadthalle, gutes städtebauliches Element mit Bezug zur Innenstadt). Die Kreisverkehre im Bereich Koppelstraße/Bahnhofstraße und Bahnhofstraße/Sesekedamm werden positiv beurteilt (sichere Querung für Fußgänger u. Radfahrer wird ermöglicht). Der Minikreisel in der Bahnhofstraße, Bereich unter der Hochstraße, wird als nicht erforderlich angesehen. Die Stärkung des ÖPNV durch Maßnahmen wie Schaffung von P+R-Stellplätzen, Erleichterung des Umstieges Bus – Bahn durch die Neuordnung des ZOB, wurden von Frau Dyduch sehr begrüßt. Einzelheiten zur Planung des Parkhauses seien noch zu klären und die Ergebnisse, auch in Bezug auf die sich ergebende Förderkulisse, abzuwarten.

Herr **Kissing** stellte die verschiedenen Bereiche – Busbahnhof, Verkehrsführung, Parkhausfrage, Regelung der Parksituation im Gesamtumfeld - des Gesamtprojektes „Bahnhofsumfeld“ heraus. Im Bereich der Bahnhofstraße wird ebenfalls die Variante 2 – gradliniger Verlauf – und damit die funktionale Linienführung bevorzugt. Die Parkhausfrage sei noch offen. Ein Systemparkhaus scheine eine günstige Variante darzustellen (Beispiel Iserlohn / Systemparkhaus 5T€ bis 6T€ - konventioneller Bau 15T€ bis 20T€ Baukosten pro Stellplatz / geringere Baukosten / geringere Betriebskosten / ggf. geringere bauliche Auflagen wie z. B. Brandschutz). Die Verwaltung werde gebeten, auch die Alternative der „Systemparkhäuser“ zu prüfen. Eine abschließende Bewertung der verkehrlichen Dinge erfolge durch die CDU-Fraktion erst, wenn alle Detailplanungen vorliegen, wobei die Grundsatzfrage „Netzschluss Innerer Ring“ nicht zu entscheiden sei, da eine damit seit über 20 Jahren bestehende Planung und damit bereits in Teilen umgesetzte Planung fortgesetzt werde. Straßenbautechnische Fragen seien hier lediglich zu diskutieren. Beim Busbahnhof sprach er sich für eine funktionale Lösung entsprechend den heutigen Anforderungen an den ÖPNV aus.

Frau **Schneider** erklärte für Ihre Fraktion, dass eine modifizierte Planung des gradlinigen Verlaufs der Bahnhofstraße bevorzugt werde. Wichtig sei dabei, dass die Bahnhofstraße nicht zu einer „Abkürzung“ werden solle. Als Hauptverkehrsrichtung solle den Nutzern der „Netzschluss Innerer Ring“ gewiesen werden (nicht nur durch Hinweise, sondern auch durch gestalteri-

sche Elemente). Darüber hinaus sprach sie sich dafür aus, dass dem Museum „mehr Raum“ und Aufmerksamkeit zukommen solle, z. B. durch eine besondere Pflasterung. Bei der Variante „Systemparkhaus“ bat sie um Beachtung der ggf. sich ergebenden Lärmproblematik. Eine wichtige Frage sah sie in der Untersuchung, woher die Verkehre zum Bahnhof kommen. Ggf. sei hier mit Aufklärungsarbeit mehr Akzeptanz auch für weitergehende Nutzung des ÖPNV (Bus) und des Radfahrverkehrs zu erreichen. Sie sprach sich insgesamt für ein schlüssiges ÖPNV-Konzept aus. In diesem Zusammenhang wünschte sie sich auch ein umfassendes Fahrradkonzept (Fahrradabstellanlagen, Fahrradwege).

Auch Frau **Dyduch** wies in diesem Zusammenhang nochmals auf die wichtige Bedeutung der Stärkung des ÖPNV hin. Die von Frau Schneider angesprochene Thematik bezüglich der Förderung des Fahrradverkehrs solle durchaus weiter diskutiert werden.

Die Durchführung einer gemeinsamen Sitzung mit dem Straßenverkehrsausschuss wurde auch von Herrn **Hasler** befürwortet. Gestalterische Elemente und verkehrliche Aspekte könnten somit umfassend und zielführend diskutiert werden. Mit Blick auf den heutigen Rückstau im Bereich des Kreisels Poststraße äußerte er Bedenken über die in Zukunft wachsenden Verkehrsströme, die diesen Bereich passieren. Durch die sich stauenden Fahrzeuge entstehe für die Anwohner eine hohe Belastung mit Luftschadstoffen. Des Weiteren wies er auf Beschwerden von Anwohnern der Poststraße zur derzeitigen Parkplatzsituation in diesem Bereich hin.

Herr **Lipinski** verwies hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise mit dieser Thematik auf die eingangs von Herrn Baudrexel hierzu gegebenen Erläuterungen.

Zu TOP 4.
042/2008

Bestandsanalyse der Kamener Parkanlagen und der der Erholung dienenden Grünflächen

Bezug: Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 23.05.2006 sowie Beschluss des Planungs- und Umweltausschusses vom 13.06.2006 hier: Priorisierung und Umsetzung

Ergebnis des Mitwirkungsverbotes nach § 31 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, GO-Reformgesetz vom 09.10.2007 (GV NRW S. 380)

Es erklärte sich kein Ausschussmitglied für befangen.

Zunächst erläuterte Herr **Baudrexel** die Mitteilungsvorlage. Den Fraktionen lag die Bestandsanalyse zur Beratung vor. Heute lege nunmehr die Verwaltung den zugesagten Vorschlag einer Prioritätenliste mit der vorliegenden Mitteilungsvorlage vor. Eine Beschlussfassung dazu erfolge in dieser Sitzung nicht. Innerhalb der Kategorien gebe es keine Reihenfolge. Auch eine Zeitachse sei bewusst nicht genannt worden. Insgesamt soll die Mitteilungsvorlage eine Entscheidungsgrundlage für das weitere Handeln darstel-

len. Die Angaben in der Mitteilungsvorlage der Verwaltung greifen im Wesentlichen ebenfalls die von den Fraktionen eingereichten Vorschläge auf. Die vorliegenden Vorschläge der Fraktionen sind zur weiteren Meinungsbildung als Anlagen 2, 3 u. 4 dem Protokoll beigelegt. Nach weiteren Beratungen in den Fraktionen würden sich aus dem Gesamtkonzept Maßnahmenbeschlüsse und die Bereitstellung der dafür erforderlichen Finanzmittel ergeben.

Herr **Liedtke** wies darauf hin, dass im Textteil der Mitteilungsvorlage die Erläuterung zu der Grünfläche „Rosenstraße“ fehle. Dieser wird mit der Niederschrift wie folgt nachgereicht:

Rosenstraße

Die Fläche befindet sich im westlichen Bereich des Gewerbegebietes „Am Mühlbach“ in Heeren-Werve. Hierbei handelt es sich um eine relativ große, neu angelegte Grünfläche, die im Rahmen der Neustrukturierung der ehemaligen Zechenbrache Königsborn II/V entstanden ist. Durch die Entwicklung einer Waldfläche kann die ökologische Qualität gesteigert sowie der Pflegeaufwand minimiert werden. Ziel ist es, eine weitere Waldvernetzung mit dem „Heerener Holz“ sowie dem „Pröbstingholz“ bis in die Siedlungsbereiche Heerens zu schaffen.

Frau **Dyduch** erläuterte, dass die SPD-Fraktion bereits ihre Vorstellungen dem Bürgermeister mitgeteilt habe (s. Anlage 2). Die von der Verwaltung vorgenommene Einstufung sei für die weitere Vorgehensweise sehr hilfreich. In weiteren Beratungen sei ein Handlungsrahmen festzulegen. Insgesamt werde die Linie der Verwaltung unterstützt. Hervorzuheben sei der hohe Wert der Grünflächen für die Bürgerinnen und Bürger als Erholungsfläche und zur Belebung des Stadtbildes. Dem entsprechend sei es wichtig, die Grünflächen zu pflegen, zu erhalten und zu beachten. Sicherlich können nicht alle Grünflächen im Stadtgebiet optimiert werden. Es sei unrealistisch eine solche Bedarfslage zu erwecken. Grenzen werden durch die finanziellen Möglichkeiten gesetzt, die nur in begrenztem Umfang Maßnahmenumsetzungen zulasse. Sie wies auf den Antrag der SPD-Fraktion zum Koppelteich hin. Hier sehe ihre Fraktion eine hohe Priorität. In diesem Zusammenhang sehe man nunmehr eine Chance der Realisierung für diese auch städtebaulich bedeutsame Anlage. Dabei solle die Wasserfläche erhalten, Sitz- und Spielmöglichkeiten geschaffen werden. Darüber hinaus habe die SPD-Fraktion noch zwei Grünflächen in Methler, die ergänzend in die Bestandsanalyse aufgenommen werden sollten.

Frau **Schneider** bewertete die vorliegenden Mitteilungsvorlage ebenfalls als hilfreiche Grundlage für weitere Entscheidungen. Notwendige Hintergrundinformationen liegen nunmehr den Fraktionen vor, um weitere Handlungsrahmen zu beraten und zu erarbeiten. Auch für ihre Fraktion habe der Koppelteich eine hohe Priorität. Hier solle die Wasserfläche erhalten bleiben und die Belange des Artenschutzes bei der Umsetzung der Maßnahme Berücksichtigung finden. Eine zeitnahe Realisierung würde begrüßt. Ein wichtiges Projekt sei auch der Teich in der Gartenstadt (u. a. Artenschutz beachten). Im Sinne des Artenschutzes forderte sie ein auf den Insektenschutz ausgerichtetes Beleuchtungskonzept. In Zusammenhang mit auftretenden Nutzungskonflikten im Bereich Galgenberg (hoher Nutzungsdruck, Nutzungsvielfalt) forderte sie dazu auf, ein Konzept für ein besseres Miteinander der Nutzergruppen zu schaffen.

Zum vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion zur Anlage Koppelteich wies Herr **Baudrexl** u. a. auf die wichtige auch städtebauliche Funktion hin. Des weiteren informierte er über eine an den Bürgermeister herangetragene Bitte von Bürgern, eine Hundefreilaufwiese im Stadtgebiet zu schaffen. Er stellte in diesem Zusammenhang einen Vorschlag für den Bereich des Galgenbergs anhand eines Plans vor. Dies würde ggf. dazu führen, einen Teil der bestehenden Nutzungskonflikte im Bereich Galgenberg aufzulösen.

Für die CDU-Fraktion erklärte Herr **Kissing**, das auch hier ein Konsens mit der vorliegenden Mitteilungsvorlage bestünde. Er wies darauf hin, dass auch die am Baubetriebshof begrenzt vorhandenen Ressourcen eine Bündelung und Priorisierung von Maßnahmen erforderlich machen. Die Fläche im Bereich Germaniastraße/Im Königsort solle mit der Optimierung des Einkaufszentrums abgewickelt werden. In der Aufstellung nicht enthalten seien die Grünflächen entlang der Seseke. Diesem bei Metropole Ruhr enthaltenen Projekt komme eine ebenfalls hohe Bedeutung zu. Wichtig sei bei der Durchführung eine enge Abstimmung der städtischen Planungen mit dem Lippeverband – auch in Bezug auf das vom Verband geplante Begleitgrün.

Herr **Wiese** teilte mit, dass s. E. der Standort für den Papiercontainer im Bereich des Wanderparkplatzes Kurler Busch sehr ungünstig sei.

Herr **Baudrexl** wies darauf hin, dass sich für die Container die Standortsuche und –akzeptanz oftmals schwierig gestalten. Hier gebe es oft eine große Beschwerdelage. Es würden immer auch Alternativlösungen untersucht und ggf. auch umgesetzt.

Herr **Eckhardt** sprach sich für den Erhalt der Aufenthaltsfläche im Bereich des Denkmals Germaniastraße und eine Aufwertung ggf. durch eine gestaltete Grünfläche zu schaffen. Die im Raum stehende Schaffung von Parkplätzen werde seitens der SPD-Fraktion abgelehnt.

Herr **Kissing** entgegnete, dass der Bereich einer Gestaltung bedürfe, stehe außer Diskussion. Damit könne man jedoch auch verschiedene Nutzungsmöglichkeiten verbinden.

Zu TOP 5.

Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie
Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr **Breuer** gab anhand einer Präsentation eine detaillierte Information zur Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie. Die Präsentation ist als Anlage 5 der Niederschrift beigelegt.

Frau **Schneider** verdeutlichte, dass Kamen durch den Verkehrslärm (Autobahn, Bundesbahn) besonders betroffen sei. Nach subjektivem Empfinden beurteilte sie die Belastung der Bevölkerung durch Lärm als sehr hoch. Deshalb zeigte sie sich über die Auswertung der vorliegenden Karten, die etwas anderes darstellen, sehr erschüttert. Eine ordentliche Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie sei diesbezüglich zu bezweifeln. Lärm in der Summe mache krank und ihrer Einschätzung nach sei das gesamte Stadtgebiet betroffen.

Herr **Kissing** führte aus, dass die Zielsetzung des Gesetzes richtig sei und einen Anfang darstelle. Lärm mache krank. Er sehe die Notwendigkeit, dass dieses erste Lärmkataster weiter verdichtet werden müsse. Das Gesamtkonzept schaffe Sensibilität bei Planungsabläufen. Das Land nehme bei der Abwicklung wenig Rücksicht auf die Belange der Kommunen, auch mit Blick auf die gesetzten Fristen.

Herr **Liedtke** ergänzte, dass faktisch eine Erfüllung der gesetzlichen Fristen nicht möglich sei, zumal die Ergebnisse zur Lärmbelastung an Schienenwegen immer noch nicht vorliegen. Irritationen hinsichtlich der Umsetzung seien bei allen Kreiskommunen aufgetreten. Es fehle an detaillierten Informationen durch das Land. Die Stadt Kamen habe zur weiteren Klärung Kontakt mit dem Kreis Unna aufgenommen. Die kreisangehörigen Gemeinden und der Kreis Unna haben daraufhin eine gemeinschaftliche Vorgehensweise vereinbart. Die Verwaltung werde im Planungs- und Umweltausschuss über die weiteren Abläufe und Ergebnisse regelmäßig informieren.

Zu TOP 6.
043/2008

Bebauungsplan Nr. 74 Ka "Gewerbegebiet Gutenbergstraße"
hier: Aufstellungsbeschluss

Ergebnis des Mitwirkungsverbotes nach § 31 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, GO-Reformgesetz vom 09.10.2007 (GV NRW S. 380)

Es erklärte sich kein Ausschussmitglied für befangen.

Herr **Liedtke** und Herr **Baudrexl** erläuterten die vorliegenden Beschlussvorlagen. Sie gingen insbesondere auf das Instrumentarium der Veränderungssperre ein.

Für die SPD-Fraktion unterstützte Frau **Dyduch** die vorliegenden Beschlussvorlagen. Eine Anpassung an die heutigen Erfordernisse (Schulzentrum, Pflegeeinrichtung) sei logisch und sinnhaft.

Herr **Kloß** äußerte sein Unverständnis zu den vorliegenden Vorlagen. Er frage sich, was die Stadt damit bezwecken wolle und bat um weitere Informationen zu den Hintergründen.

Für das Instrumentarium der Veränderungssperre sprach sich auch Herr **Kissing** aus. Ein ganz wichtiges Stichwort sei dabei die „Rücksichtnahme“ auf die Entwicklungen der letzten Jahre und die damit erforderlichen Anpassungen.

Herr **Hasler** merkte an, dass auch für ihn Veränderungssperren im GE-Gebiet neu seien. Er erkundigte sich, ob weiterhin Entwicklungsmöglichkeiten für Betriebe in dem Bereich gegeben seien.

Herr **Liedtke** führte aus, dass in Abstimmung und im Einvernehmen mit der Gemeinde eine Genehmigung von Vorhaben nicht ausgeschlossen sei. Eine Handlungsfähigkeit bleibt trotz der Veränderungssperre gegeben.

Frau **Schneider** erklärte für ihre Fraktion das Einverständnis zu den vorlie-

genden Beschlussvorlagen. Insbesondere sei der Bereich durch angrenzendes Schulzentrum und die Pflegeeinrichtung Haus Volkmann als sensibel zu beurteilen und die Entwicklung im Gewerbegebiet mit Sorgfalt zu betrachten.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Kamen beschließt:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 74 Ka „Gewerbegebiet Gutenbergstraße“ gem. § 2 (1) BauGB (Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des aufzustellenden Bebauungsplanes sind aus dem beigefügten Lageplan ersichtlich).
2. Für den Planbereich werden nach Erlangung der Rechtskraft die bestehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 34 Ka „Gewerbegebiet südlich der Heerener Straße“ aufgehoben.
3. Die Verwaltung wird mit der Planerarbeitung sowie der Durchführung des Verfahrens beauftragt.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 7.
044/2008

Veränderungssperre Nr. 13 im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 74 Ka "Gewerbegebiet Gutenbergstraße"

Ergebnis des Mitwirkungsverbot nach § 31 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, GO-Reformgesetz vom 09.10.2007 (GV NRW S. 380)

Es erklärte sich kein Ausschussmitglied für befangen.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 74 Ka „Gewerbegebiet Gutenbergstraße“

Gemarkung Kamen; Flur 43; Flurstücke 198, 199, 220, 221, 229, 230, 231, 232, 233, 236, 237, 238, 239, 253, 255, 257, 260, 261, 262, 263, 265, 267, 268, 269, 270, 275, 276, 279, 283, 287, 288, 305, 334, 378, 379, 399, 400, 426, 427, 477, 478

gem. §§ 14, 16 und 17 BauGB i.V.m. § 7 sowie § 41 GO NW die in der Anlage beigefügte Satzung über die Veränderungssperre Nr. 13 für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 74 Ka „Gewerbegebiet Gutenbergstraße“ gem. dem von der Verwaltung vorgelegten Entwurf.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 8.
045/2008

Gestaltungssatzung für den Geltungsbereich der Bebauungspläne Nr. 68 Ka "Im Grund" und Nr. 71 Ka "Bogenstraße"

Ergebnis des Mitwirkungsverbot nach § 31 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, GO-Reformgesetz vom 09.10.2007 (GV NRW S. 380)

Es erklärte sich kein Ausschussmitglied für befangen.

Herr **Liedtke** gab eine kurze Erläuterung zur vorliegende Beschlussvorlage und wies insbesondere auf die Regelungsmöglichkeiten (Fassadenfarbe, Einfriedung,..) einer Gestaltungssatzung hin.

Auf Nachfrage von Herrn **Kloß** erläuterte Herr **Liedtke**, dass ein Bebauungsplan solche gestalterischen Details nicht regelt und deshalb die Möglichkeit bestehe, eine Gestaltungssatzung zu erlassen. Damit könne der Charakter der Siedlung erhalten werden.

Frau **Schneider** stimmte der Beschlussvorlage zu und begrüßte, dass von dieser Regelungsmöglichkeit Gebrauch gemacht werde.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt, gem. § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, GO-Reformgesetz vom 09.10.2007 (GV NRW S. 380) i.V.m. dem § 86 der Landesbauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV NRW S. 256), zuletzt geändert am 29. April 2005 (GVBl. 2005, Nr. 18, S. 341), die Gestaltungssatzung für den Bereich der Bebauungspläne Nr. 68 Ka „Im Grund“ und Nr. 71 Ka „Bogenstraße“ (siehe Lageplan).

Abstimmungsergebnis: bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 9.

Bebauungsplan Nr. 35 Ka-Me "Auf dem Pastoratsfelde"
hier: Bericht der Verwaltung zum Planungsstand

Herr **Liedtke** berichtete ausführlich zum derzeitigen Planungsstand. In Abstimmung mit der ev. Kirchengemeinde wird am 06.05.2008 um 19.00 Uhr eine Bürgerinformation zum Projekt und Bebauungsplan im Gemeindehaus stattfinden. Die Grundstücksverfügbarkeit ist geregelt. Der vorliegende städtebauliche Entwurf wurde durch Herrn **Liedtke** vorgestellt. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes wurde entsprechend geringfügig angepasst. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind berücksichtigt. Nunmehr werden die weiteren Verfahrensschritte folgen und es kann Ende des Jahres mit

dem Vorliegen des rechtskräftigen Bebauungsplans gerechnet werden. Herr **Eckhardt** unterstrich die Bedeutung dieses für den Ortsteil Methler wichtigen Projektes. In Anbetracht des Erhaltes der Methleraner Dorfsilhouette werde eine 3-geschossige Bauweise als kritisch angesehen.

Herr **Baudrexl** erklärte, dass allen Projektbeteiligten dieses Ansinnen und die Meinung in der Ortslage Methler bekannt seien und damit die Sensibilität diesbezüglich hergestellt sei. Die vorliegende Planung gehe von einer überwiegenden Zweigeschossigkeit aus. Aber er wolle dem endgültigen Entwurf nicht vorgreifen und bat darum erst das noch vorzustellende Gesamtkonzept für die weitere Diskussion abzuwarten.

Herr **Kloß** fragte nach, wie teuer das Wohnen dort werde.

Herr **Baudrexl** erwiderte, dass zum jetzigen Zeitpunkt diese Frage nicht zu beantworten sei. Sicherlich sei dies auch abhängig von Nutzungsformen und öffentlicher Förderung.

Zu TOP 10.

Bauvorhaben im Stadtgebiet
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Liedtke** gab eine Information zum Sachstand. Zwischenzeitlich habe man mit der THS seitens der Verwaltung weitere Gespräche geführt. Die THS hat sich bereit erklärt, die ausgewiesenen Flächen für Stellplätze, Carports und Garagen auszuparzellieren und grundbuchlich zu sichern. Hinsichtlich der geforderten maximalen Wegebeziehungen wird die THS diese nicht voll anerkennen. Vom Grundsatz ist der THS klar, dass Wegebeziehungen erforderlich sind, aber nicht in der vorgeschlagenen Dimension. Er stellte zwei Entwürfe mit verschiedenen Wegebeziehungen vor. Diese Pläne wurde mit Schreiben vom 28.04.08 zur weiteren Beratung an die Fraktionen versandt. Über die Vorschläge soll in der kommenden Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses weiter diskutiert und entschieden werden.

Zu TOP 11.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen und Anfragen ergaben sich nicht.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen und Anfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung
entfällt

Herr **Lipinski** schloss die Sitzung um 19.45 Uhr.

gez. Lipinski
Vorsitzender

gez. Liedtke
Schriftführer